

Informationsbericht an den Gemeinderat

GZ: 20886/2012-2

Bearbeiter: Mag. Helmut Schmalenberg

Betreff: BürgerInnenumfrage Reininghausgründe/Umweltzone

BerichterstellerIn:

Graz, am 14.6.2012

Um den Organen der Stadt Graz eine bessere Entscheidungsgrundlage zu den Fragen des Ankaufes der Reininghausgründe und der Einrichtung einer Umweltzone zu geben, hat der Stadtsenat der Landeshauptstadt Graz am 11.6.2012 beschlossen, eine BürgerInnenumfrage gemäß der diesbezüglichen Richtlinie des Gemeinderates vom 20.1.2011 durchzuführen.

Der Umfragezeitraum wurde mit 29. Juni bis 15. Juli 2012 festgelegt. Die Teilnahmeberechtigten erhalten ab dem 22. Juni 2012 ihre persönlichen Teilnahmeunterlagen mit Informationen, Umfrageblatt, Rückantwortkuvert, Barcode-Etikett und persönlichem Code. Zur Teilnahme sind alle Bürgerinnen und Bürger mit Hauptwohnsitz in Graz am 25. 5. 2012, die ihr 16. Lebensjahr am 1. 1. 2012 vollendet haben, berechtigt. Die Teilnahme ist persönlich, postalisch und online möglich.

Gemäß Punkt I.1. der Richtlinie für Grazer BürgerInnenumfragen hat der Stadtsenat gemäß § 1 Abs 4 iVm Z 2 Anhang A der Geschäftsordnung für den Stadtsenat nach Anhörung der „Erweiterten Klubobleutekonferenz“ die Fragestellung der Umfrage und die Information der Bürgerinnen und Bürger über den Umfragegegenstand gemäß der Beilage, die einen integrierenden Bestandteil des Stadtsenatsbeschlusses bildet, beschlossen.

Nach Punkt I.1. der genannten Richtlinie ist der Gemeinderat über die Durchführung einer Umfrage mit einem Informationsbericht zu informieren.

Der Ausschuss für Verfassung, Personal, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr stellt daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen, diesen Informationsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Bearbeiter:
elektronisch gefertigt

Die Abteilungsvorständin:
elektronisch gefertigt

Der Bürgermeister:

Vorberaten und angenommen in der Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Personal,
Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

<p>Der Antrag wurde in der heutigen <input type="checkbox"/> öffentl. <input type="checkbox"/> nicht öffentl. Gemeinderatssitzung</p> <p><input type="checkbox"/> bei Anwesenheit von GemeinderätInnen</p> <p><input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> mehrheitlich (mit . . . Stimmen / . . . Gegenstimmen) angenommen.</p> <p><input type="checkbox"/> Beschlussdetails siehe Beiblatt</p> <p style="text-align: right;">Graz, am Der / Die SchriftführerIn:</p>
--

Projekt Reininghaus

Die Reininghausgründe im Westen von Graz sind die größte Baulandreserve der Stadt. Dort kann ein Stadtteil für mehr als 10.000 Menschen entstehen. Die Stadt Graz überlegt einen Kauf des Areals um 75 Millionen Euro, damit sie dessen Entwicklung besser gestalten kann. Nähere Informationen dazu finden Sie auf www.graz.at/umfrage2012.

Entscheiden Sie!

Soll Graz die Reininghausgründe kaufen?

Das spricht dafür

- Die Stadt wächst stark. Für unsere neuen BürgerInnen brauchen wir zusätzliche Wohnungen und Arbeitsplätze.
- Als Eigentümerin kann die Stadt ihre Vorstellungen von einem ökologischen, lebenswerten und verkehrstechnisch ideal erschlossenen Vorzeigestadtteil optimal umsetzen.
- Mit Reininghaus schaffen wir dringend benötigten leistbaren Wohnraum ohne massive Verdichtungen in bestehenden Wohngebieten.
- Die Menschen in Reininghaus brauchen Straßen, Öffis, Radwege, Grünflächen, Kindergärten, Schulen usw. Als Eigentümerin kann die Stadt Gewinne aus Grundstückaufwertungen für diese Infrastruktur verwenden.
- Investitionen in Grund und Boden sind langfristig die sicherste Art der Geldanlage. Graz entsteht aus dem Ankauf von Reininghaus keine Neuverschuldung.

Das spricht dagegen

- Jeder Grazer Stadtbezirk hat ein Recht auf bessere Wohn- und mehr Lebensqualität. Investitionen sollen auf alle BürgerInnen gerecht verteilt werden.
- Graz hat hohe Schulden. Neben dem Kaufpreis belasten große Ausgaben für die Infrastruktur (Kanal, Straßen, öffentlicher Verkehr etc.) auf jeden Fall das Stadtbudget.
- Die Stadt kann auch ohne Kauf einen attraktiven, modernen Stadtteil entwickeln, zum Beispiel mit dem Flächenwidmungsplan.
- Es gibt in Graz noch ausreichend unbebaute Flächen für viele neue, attraktive Wohnungen. Damit ist die Stadt für das vorhergesagte Bevölkerungswachstum bereits jetzt vorbereitet.
- Immobiliengeschäfte sind immer ein Risiko. Die Stadt Graz aber muss Steuergeld umsichtig und sorgsam verwalten.

Projekt Umweltzone

Der Feinstaub im Großraum Graz gefährdet die Gesundheit. Ein Hauptverursacher ist der Verkehr. Eine Maßnahme zur Verringerung von Feinstaub ist eine vom Land Steiermark zu verordnende Umweltzone ab Oktober 2013. Das bedeutet ganzjährige Fahrbeschränkungen und -verbote für Diesel-PKW der EURO-Klassen 0, 1, 2 sowie 3 ohne Partikelfilter. Informationen und Ausnahmeregelungen dazu finden Sie auf www.graz.at/umfrage2012.

Entscheiden Sie!

Soll Graz für eine solche Umweltzone eintreten?

Das spricht dafür

- Die Luftqualität wird besser. Besonders gesundheitsschädigende Rußpartikel können um 50% verringert werden. So sinkt unser Risiko von Langzeiterkrankungen.
- Es wird Ausnahmen geben – u. a. für Behinderte, aber auch für Wenigfahrer.
- Derzeit sind aufgrund der Feinstaubbelastung Betriebsansiedlungen nur bedingt möglich. Durch die Umweltzone werden diese sichergestellt und Arbeitsplätze geschaffen.
- Neben Maßnahmen gegen die Luftbelastung durch Heizungen (mehr Fernwärme) und die Industrie (strenge Auflagen) muss auch der Verkehr als Feinstaubverursacher eingeschränkt werden.
- Eine „Feinstaubhochburg“ schreckt ab. Es ist vernünftiger, gesundheitsfördernde Maßnahmen zu finanzieren, als Strafen an die EU zu zahlen.

Das spricht dagegen

- Ältere Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter dürfen im Großraum Graz nicht mehr betrieben werden und werden damit nahezu nutz- und wertlos.
- Der öffentliche Verkehr ist derzeit unzureichend ausgebaut und somit kaum attraktiv.
- Der Autoverkehr ist nur zu einem Teil für die Feinstaubbelastung verantwortlich. Luftbelastungen aus Heizungen, Industrie und andere Einflüsse müssen stärker beachtet werden.
- Andere verkehrsverringemde Maßnahmen können eine vergleichbare Wirkung erzielen, sind aber sozial ausgewogener, nachhaltiger und bewirken weniger volkswirtschaftlichen Schaden.
- Die Umweltzone verursacht standortgefährdende Belastungen – vor allem für kleine und mittlere Handels- und Gewerbebetriebe sowie deren Arbeitsplätze.